

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300169/29 - Ha

Linz, am 25. Oktober 1989

DVR.0069264

Bundesgesetz zur Regelung des
Glücksspielwesens (Glücksspiel-
gesetz - GSpG), über die Änderung
des Bundeshaushaltsgesetzes und
über die Aufhebung des Bundesge-
setzes betreffend Lebensversiche-
rungen mit Auslosung;
Regierungsvorlage - Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	67. GE ⁹ 11
Datum:	2. NOV. 1989
Verteilt	10. Nov. 1989 <i>Rot</i>

An den

Klub der Sozialistischen Abgeordneten
und Bundesräte

Parlamentsklub der Österreichischen
Volkspartei

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

Grünen Klub - Klub der Grün-Alternativen Abgeordneten

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung hat im Rahmen des Begutach-
tungsverfahrens zu dem vom Bundesministerium für Finanzen
ausgearbeiteten Entwurf eines Bundesgesetzes zur Regelung
des Glücksspielwesens und über die Änderung des Bundeshaus-
haltsgesetzes (Glücksspielgesetz - GSpG) gewichtige Einwände
und Bedenken aufgezeigt.

Gemäß § 38 Z. 5 der nunmehr vorliegenden Regierungsvorlage
soll eine Bewilligung gemäß § 36 nur erteilt werden können,
wenn seit dem Ziehungstermin der letzten vom Antragsteller
durchgeführten gleichartigen Veranstaltung bis zum neuen
Ziehungstermin bei Lotterien neun Monate und bei Tombola-
spielen, Glückshäfen und Juxausspielungen sechs Monate ver-
strichen sind.

- 2 -

Die im Gesetz vorgesehene Sechs-Monate-Frist sollte für die Bewilligung für Glückshäfen und Juxausspielungen entfallen, da verschiedene Vereinigungen, wie beispielsweise dem Österreichischen Roten Kreuz (Rechtspersönlichkeit hat hier nur der Landesverband) mit seinen Bezirksstellen und krankenwagenführenden Ortsstellen nur einmal eine derartige Bewilligung innerhalb von sechs Monaten erteilt werden könnte; die aus der Abhaltung von Glückshäfen erzielbaren Erträge zur Anschaffung von Krankentransportgeräten müßten ansonsten von der öffentlichen Hand über die derzeitigen Unterstützungen hinaus ersetzt werden.

Im Sinne der Entlastung der öffentlichen Haushalte und der Wahrung der Möglichkeit der zusätzlichen Finanzierung des Etats von Organisationen die im öffentlichen Interesse tätig sind darf angeregt werden, diese Bestimmung unter diesem Gesichtspunkt neuerlich zu überdenken.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

b.w.

- 3 -

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300169/29 - Ha

Linz, am 25. Oktober 1989

DVR.0069264.

a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat

b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

(25-fach)

c) An alle
 Ämter der Landesregierungen

d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

A.F.N.R.d.A.:
